

Antrag

der Abgeordneten **Hafenecker, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner**
und **Sulzberger**

betreffend: **Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs**

Bis zum Rechnungsabschluss 2009 wurde seitens der Abteilung Gemeinden alljährlich der Bericht „Die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs“ erstellt. Für die Jahre 2010 und 2011 liegt ein derartiger Bericht nicht mehr vor.

Zahlreiche niederösterreichische Gemeinden haben in den letzten Jahren Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Beispielhaft für viele andere Spekulationskonstellationen entstehen etwa durch den Kursverfall gegenüber dem Schweizer Franken vielen Gemeinden hohe Verluste. Ähnliches gilt auch für häufig abgeschlossene Derivatgeschäfte.

Insgesamt drohen niederösterreichischen Gemeinden dem Vernehmen nach aus derartigen Geschäften Verluste von mehreren hundert Millionen Euro.

Die FPÖ hat in ihrer Anfrage vom 23.1.2012, Ltg.-1086/A-4/258-2012, gerichtet an LHStv. Sobotka eine ganze Reihe von Fragen im Hinblick auf Zinsswap- und Derivatgeschäfte von Kommunen und ihren Verbänden bzw. ausgelagerten Betrieben gestellt. LHStv. Sobotka hat in der Beantwortung einerseits erklärt, es liege keine Auflistung der betroffenen Gemeinden bzw. Volumina vor. Im Zuge der Anfragebeantwortungsdebatte in der Landtagssitzung vom 26.1.2012 wurde von der FPÖ auf zahlreiche Protokolle und Empfehlungen der Gemeindeaufsichtsbehörde verwiesen, die bei ihrer Gebarungseinsicht in den NÖ Kommunen selbstverständlich auch diverse Veranlagungen geprüft hat.

Ein derartiges Dokument wurde in diesem Zusammenhang auch von SPÖ-GVV-Präsident LAbg. Rupert Dworak vorgelegt und zitiert.

In der Bürgermeisterzeitung von 12/2011 – 1/2012 wurden kürzlich wichtige Kennzahlen des von der Kommunalkredit erstellten Gemeindefinanzberichtes 2011 veröffentlicht.

Im Sinne einer umsichtigen und nachhaltigen Finanzpolitik ist es daher dringend erforderlich, Klarheit über den Finanzzustand der Kommunen und dem tatsächlichen

Ausmaß von Spekulationen mit öffentlichen Geldern und die damit verbundenen Risiken für die Kommunen zu erlangen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, dem Landtag jährlich, vor dem Beschluss des Voranschlages einen „Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs“ mit folgenden Inhalten zu übermitteln:

1. Steueraufkommen
2. ordentlicher Haushalt
3. außerordentlicher Haushalt und seine Bedeckung
4. Schulden (inkl. ausgelagerter Verbände und Betriebe sowie Leasingfinanzierungen)
5. eine detaillierte Aufstellung für den Bereich Spekulationen inkl. Zinsswap- und Derivatgeschäfte von Gemeinden, Verbänden und ausgelagerten Betrieben
6. Spekulationsvolumen, Laufzeit, Performance seit 2007 und realisierte Verluste

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 16. Februar 2012 möglich ist.